

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riesa. Verleger: Dr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 144.

Montag, 23. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 R. 50 Pf., durch Post, 2 R. 25 Pf., durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemühter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigenbelegungen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Drucker, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Schicksalsstunde der deutschen Wirtschaft.

W.D. Die Krise der deutschen Wirtschaft hat, wie übereinstimmend in den maßgebenden Kreisen festzustellen ist, nunmehr den gefährlichsten Grad ihres Höhenpunktes erreicht. Schwere Gefahren drohen dem deutschen Staatsleben, wenn es nicht gelingt, in spätestens zwei Monaten in der Außenpolitik vollendete Tatsachen zu schaffen und die so dringend notwendigen Auslandskredite flüssig zu machen. Der Reichskanzlerpräsident Dr. Brüning, der nunmehr seit Monaten bestürzt ist, befindet sich nach seinen eigenen Erklärungen in der Lage eines Mannes, von dem Tausende Brot verlangen, obwohl seine Schenken leer sind. Ebenso wie die deutschen Banken im allgemeinen unter der furchtbaren Geldknappheit leiden, hat auch die Reichsbank nicht die flüssigen Mittel, um auch nur einen geringen Bruchteil der immer zahlreicher auf sie hereinfließenden Kreditgesuche zu befriedigen. Die deutsche Öffentlichkeit macht sich kaum einen rechten Begriff davon, daß sich jetzt ein geradezu gigantischer Kampf zwischen den verantwortlichen Persönlichkeiten der Reichsbank und der deutschen Wirtschaft abspielt. Die Atmosphäre ist mit äußerster Hochspannung geladen, und trotzdem kann für den Augenblick nichts erfolgen, was eine Erleichterung schaffen würde.

In dieser unheimlichen Lage wird die Reichsregierung in wenigen Wochen vor den Reichstag treten müssen, um die Annahme der Gesetzentwürfe für die Durchführung der Sachverständigen-Vorschläge zu fordern. Eine Aufhebung des Sachverständigen-Gutachten, das in die Aufstellung aller dem Reichsministerium angehörenden Minister, würde eine katastrophale Lage schaffen. Wenn es bisher nicht gelungen ist, die in Aussicht gestellten Auslandskredite zu erhalten, so liegt das in erster Linie daran, daß die ganze Welt darauf wartet, ob der Deutsche Reichstag die Sachverständigen-Vorschläge annimmt. Die internationale Finanzwelt scheint geradezu eine Verschwörung gegen Deutschland inszeniert zu haben, indem sie der deutschen Wirtschaft alle Kredite so lange sperren, bis sich Deutschland dem Gutachten der Sachverständigen unterworfen hat. Man kann tatsächlich die Beobachtung machen, daß auch mit finanziellen Mitteln in der modernen Politik eine Art Krieg geführt werden kann. Deutschland ist nicht in der Lage, diesen Krieg zu führen, weil es nicht die finanziellen Reserven besitzt und gerade das reichste Land, die Vereinigten Staaten von Amerika, wieder einmal mit den anderen Mächten im Bunde sind.

Alles wird jetzt davon abhängen, ob die deutschnationalistische Reichstagsfraktion der Reichsregierung die notwendige Unterstützung gewährt, damit das Sachverständigen-Gutachten so bald wie irgendmöglich in Kraft treten kann. Es ist bereits gemeldet worden, daß sich innerhalb der deutschnationalen Volkspartei ein Umschwung vollzieht, indem sehr maßgebende Führer der Deutschnationalen für die Annahme der Sachverständigen-Vorschläge eintreten. Dieser Umschwung vollzieht sich aber unter äußerst schwerwiegenden Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, und es ist durchaus noch nicht sicher, ob die Befürworter der Unterstützung der Regierungspolitik die Oberhand gewinnen werden. Die Bedenken, die in der Deutschnationalen Volkspartei auch jetzt noch gegenüber dem Sachverständigen-Gutachten bestehen, sind so groß, daß sie vielfach letzten Endes den Ausschlag geben werden.

Inzwischen bemühen sich die einflussreichsten Kreise der deutschen Wirtschaft, die deutschnationalen Führer zu bestimmen, ihren ganzen Einfluß für die Annahme der Sachverständigen-Vorschläge in die Waagschale zu werfen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat, wie von maßgebenden Vertretern der deutschen Industrie hervorgehoben wird, mindestens zwei Drittel der deutschen Industrie hinter sich, wenn er sich mit seinem ganzen Gewicht dafür einsetzt, um die außenpolitische Lage so schnell wie möglich zu klären und der Reichsregierung den Rücken zu stärken. Darüber sind unseres Wissens auch die Führer der industriellen Vereinigung vollkommen klar, und sie verhehlen es auch nicht, daß ihre Haltung in erster Linie auf moralischen und vaterländischen Erwägungen beruht, und nicht etwa auf Verleumdung der augenblicklichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die industrielle Vereinigung hat auch mit großer Offenheit die Auffassung ausgesprochen, daß die Annahme der Sachverständigen-Vorschläge für den Augenblick wesentliche Erleichterungen für die deutsche Wirtschaft bringen würde und lediglich für die Zukunft des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft große Gefahren in sich birgt. Der eigentliche Gegensatz zwischen der industriellen Vereinigung und dem Reichsverband der Deutschen Industrie besteht demnach — ganz objektiv betrachtet — in erster Linie darin, ob die notwendigen vollendeten Tatsachen herzustellen, solange es nicht möglich ist, volle Klarheit darüber zu gewinnen, was geschehen soll, wenn im kritischen Augenblick das ganze von der Reichsregierung aufgerichtete Gebäude einer Lösung der außenpolitischen Krise zusammenbricht, wird jedenfalls der Reichsverband der Deutschen Industrie auf die Regierungs- und Parlamentarierkreise einen maßgebenden Einfluß ausüben und die in nationalem Sinne unentzerrbar gerechtfertigte Opposition der industriellen Vereinigung in den Hintergrund treten lassen.

## Die Besprechungen in Chequers.

Allgemeine Konferenz voraussichtlich Mitte Juli in London.

London. (Funknachricht.) Die Konferenz von Chequers, an der Macdonald und Herriot, unterstützt von Sir Eric Crooke und Veretti de la Rocca teilnahmen, dauerte von Sonnabend abends 10 Uhr bis 2 Uhr morgens und wurde dann Sonntag von 9.30 vormittags bis 1.30 nachmittags fortgesetzt. Daily Herald bezeichnet die Zusammenkunft als unangelegentliches Ereignis. Der größte Teil der Erörterungen sei einer eingehenden Prüfung des Dames-Berichtes gewidmet gewesen. Vollkommenes Einvernehmen sei bezüglich der Durchführung seiner Bestimmungen erzielt worden. Alle Anstrengungen würden unternommen werden, um es Deutschland leicht zu machen. Sowohl Herriot als auch Macdonald hätten stets deutlich zwischen der deutschen Demokratie und den deutschen Reaktionskreisen unterschieden. Mit der letzteren würden sie bereit sein, entgegenkommend zu verhandeln. England und Frankreich würden soweit wie möglich geben, um eine freundschaftliche Lösung zu erzielen und hoffen, daß auch Deutschland ihnen soweit wie möglich entgegenkommen werde. Daily Herald folgert aus der Absicht der Teilnahme beider Premierminister an der Völkerbundversammlung im September, daß es wahrscheinlich sei, daß Deutschland eingeladen werden werde, seinen Platz sowohl in der Versammlung als auch im Rate einzunehmen, und daß die Frage der Sicherheit und der Rüstungskontrolle dann von Völkerbund aufgenommen werden werde. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph betont, daß in Chequers ein Übereinkommen im Prinzip, und was unendlich wichtiger sei, im Geiste erzielt worden sei. Es frage sich, ob an der Konferenz, die Mitte Juli in London stattfinden sollte und die sich in der Hauptsache, wenn nicht ausschließlich, mit der Durchführung des Dames-Berichtes befassen werde, neben den fünf hauptsächlich Beteiligten sich auch einige der kleineren Mächte, z. B. die in der Reparationskommission und in den Dames-Organisationen vertretenen teilnehmen und zu Rate gezogen werden sollten.

### Amtliche Mitteilungen über das Ergebnis.

London. Nach Schluß der in Chequers abgehaltenen Besprechungen wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der es heißt: Die zwischen den Premierministern Frankreichs und Englands am Sonnabend und Sonntag in Chequers abgehaltenen freundschaftlichen und nicht-formellen Erörterungen erstreckten sich auf gewisse Fragen, die sich aus dem Dames-Bericht ergeben und auf Maßnahmen, die sich seiner Verwirklichung notwendig sind. Bestimmte Beschlüsse konnten angesichts der schwebenden Unterhandlungen mit Italien und der belagerten Regierung nicht gefaßt werden. Die Unterredung zeigte eine allgemeine Übereinstimmung zwischen den Auffassungen Frankreichs und Englands und auf beiden Seiten der Premierminister die gemeinsame Entschlossenheit, den Schwierigkeiten in fortgesetztem Zusammenwirken entgegenzutreten. Die ihre beiden Länder nicht nur, sondern auch die ganze Welt bedenkend. Es herrsche Übereinstimmung darüber, daß, wenn die anderen Alliierten zustimmen, eine Konferenz in London nicht später als Mitte Juli abgehalten werden soll, um eine endgültige Verständigung über das einschlägige Verfahren herbeizuführen. Endlich besteht zwischen den beiden Premierministern Übereinstimmung darin, daß sich beide zur Eröffnung der Völkerbundversammlung im September dieses Jahres zu kurzem Aufenthalt nach Genf begeben wollen.

Nach Ausgabe des Communiqués haben Macdonald und Herriot beschlossen, folgenden Zusatz zu veröffentlichen: Angesichts der Schwierigkeiten, die nicht nur die beiden Länder, sondern die ganze Welt beeinflussen, haben wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit zu schließen.

### Herriot vom intimsten Mitarbeiter Poincarés begleitet.

Paris. Entgegen der ursprünglichen Absicht Herriots begleitet, wie bereits gemeldet wurde, der Direktor

### Gegen den französischen Eigenfeldzug.

Der Reichswehrminister Dr. Gessler hatte eine Unterredung mit einem Vertreter der Pariser-Presse, in der er ausführt:

Mit Beginn der Regierungskrise und Zurückdrängung der Reichsparteien hat in Frankreich von dieser Seite ein systematischer Pressefeldzug eingesetzt, dessen deutlich erkennbare Ziele auf der Hand liegen. Es gilt, erneut die Weltmeinung in der Frage angeblicher deutscher Rüstungen zu vergiften. Von dem Matin und der Daily Mail in Szene gesetzt, von allen französischen Zeitungen gierig aufgegriffen und auch von der englischen Presse mehr oder minder kritiklos wiedergegeben, sind eine Fülle von Nachrichten, Artikeln und Telegrammen erschienen. Sie tragen Ueberchriften, wie: „Deutschlands militärische Wiedergeburt“, „Ausbildung der jungen Jahrgangsklassen“, „Das Armeekorps“, „Die Mobilisierung ist fertig!“

Schließlich verleiht sich der Matin zu der Behauptung: Deutschland ist also moralisch und materiell für eine sofortige Mobilisierung bereit. Degartige, plötzlich laminenartig anschwellende Meldungen sollen in der Welt den An-

am Canal d'Orsay Veretti de la Rocca den französischen Präsidenten auf seiner Reise nach London und Chequers. Echo de Paris bemerkt dazu, daß Veretti der intimste Mitarbeiter Poincarés gewesen sei. Er ferne genau die französisch-englischen Verhandlungen. Ministerpräsident Herriot werde also in seiner Gegenwart nicht überholt werden können. Man dürfe hoffen, daß ihm, wenn nötig, ins Gedächtnis gerufen werde, daß die Unterredung von Chequers eine freundschaftliche Fühlmanahme sein solle, aber in keiner Weise sich in eine Konferenz im eigentlichen Sinne des Wortes verwandeln und zu formellen Verpflichtungen führen dürfe. Ihre Bemeinung dürfe die Regierung erst in einem späteren Stadium aufgeben, das reichlich durchdachten Lösungen günstiger sein werde.

### Um die Aufgabe des Ruhrkampfes.

Paris. Ein Sonderberichterstatter des Matin, der Ministerpräsident Herriot auf der Reise nach England begleitet, schreibt über den Stand der französisch-englischen Erörterungen angesichts der Besprechungen von Chequers, was die Aufgabe des Ruhrkampfes anlangt, so habe Poincaré angedeutet, daß die wirtschaftliche Eröffnung ein Ende nehmen solle, sobald der Sachverständigenplan in Anwendung gebracht werde. Poincaré habe hinzugefügt, daß er zuverlässige Garantien haben müsse. Auch Herriot sei bereit, die industrielle Eröffnung des Ruhrgebietes aufzugeben, sobald die von den Sachverständigen vorgezeichneten Forderungen übergeben seien. Über er gebe weiter. In seiner ministeriellen Erklärung gehe er zu, daß das Ruhrgebiet geräumt werden soll, wenn mit diesen Forderungen vernünftige und ausreichende Garantien Hand in Hand gingen. Diese Garantien habe Poincaré vor allem in der Fortdauer einer beschränkten Forderung und in einer vorherigen Verständigung zwischen Frankreich und England für den Fall einer Verletzung erblickt. Herriot sehe weniger Vertrauen in die Anwesenheit einiger Truppen, die im Falle eines Angriffs sofort zurückgezogen werden müßten. Über er vertraue unbedingt auf die vorherige Verständigung, vorausgesetzt, daß die Mitwirkung jedes einzelnen und die anzuwendenden Methoden im Voraus festgelegt würden. Was die Abrüstungsfrage anlangt, so habe Herriot viel für die moralische Abrüstung Deutschlands getan. Abgeben von Ausnahmen in Gestalt schwerer Fälle habe er Anweisung gegeben, die Gefangenen freizulassen und die ausgewiesenen Beamten wieder nach dem besetzten Gebiet zurückzubringen. Hinsichtlich der materiellen Abrüstung sei Herriot geneigt, in Zukunft, wie der Friedensvertrag es vorsehe, die Kontrolle dem Völkerbund anzuvertrauen, der wirksam ausgeübt werden müßte, aber er sei nicht geneigt, einem deutschen Expansionsversuch nachzugeben und die Liebergangszeit, während deren die Militärkontrollkommission unter dem Vorherrschen des Generals Walsh unerlässliche Bestandsaufnahmen durchzuführen hätte, aufzugeben; es handle sich darum, von einem Regime des Mißtrauens den Liebergang zu finden zu einem Regime des bewaffneten Vertrauens, ohne daß irgend eines der Interessen Frankreichs in Mitleidenschaft gezogen werde. Das sei keineswegs leicht. Denn jede Schwäche könnte falsch ausgelegt werden. Über Herriot, der ein vorsichtiger Mann zu sein scheint und von ausgezeichneten Ratgebern umgeben sei, ließe den Gedanken an die Gefahr verschwinden, die mit einem Experiment verbunden sei, das nicht umgangen werden konnte.

### Herriot reist nach Brüssel.

Paris. Nach dem Brüsseler Korrespondenten des Echo de Paris wird Ministerpräsident Herriot heute Montag abends in Brüssel ankommen und vom König Albert empfangen werden. Die französisch-belgischen Besprechungen würden Dienstag vormittags 9 Uhr im Außenministerium beginnen und sich bis zum Ende des Nachmittags ausdehnen.

schein erwecken, als ob ebenso plötzlich und gegen Deutschlands wahre Lebensinteressen ein fieberhafter Rüstungsmahn in Deutschland eingeleitet hätte. Und das zu einer Zeit, wo Deutschland ebenso wie alle anderen am nahen Frieden interessierte Mächte für die endgültige Durchführung der brennenden wirtschaftlichen Fragen eine ruhige und unvergiftete Atmosphäre benötigt. Alle diese Nachrichten entbehren natürlich jeder Grundlage. Deutschland hat abgerüstet, es fehlt ihm jede materielle Möglichkeit, um Krieg zu führen. Frankreich hat ein Heer von mehr als 700.000 Mann, Deutschland ein solches von nur 100.000 Mann, Frankreich hat schwere Artillerie, Tanks, Tausende von Fliegern, Deutschland keine solche Waffen, ohne die ein Krieg überhaupt nicht geführt werden kann. Es wäre für die so wichtigen Entscheidungen der nächsten Wochen überaus schädlich, wenn dieser Fehlfeldzug, der zu gestandenermaßen die Besprechungen Herriots und Macdonalds in Chequers beeinflussen soll, von Erfolg gekrönt wäre, und wenn die Atmosphäre der kommenden Verhandlungen unter der Wirkung dieses Giftes stünde.